

Rückwärtsgerichtete Verkehrsplanung am Untermain

BUND Naturschutz: Ausbau der B 469 fördert Klimakrise

Über 100 Millionen Euro soll der Ausbau von rund sechs Kilometern der Bundesstraße 469 bei Stockstadt kosten.

Dagmar Förster, 1. Vorsitzende der Kreisgruppe Aschaffenburg des BUND Naturschutz, kritisiert die Planung als „Investition in eine rückwärtsgerichtete Verkehrspolitik, die zudem die Klimakrise ignoriert und den Ausbau des ÖPNV erschwert.“ „Der Ausbauplanung würden auch über 14 Hektar wertvolle Waldbestände zum Opfer fallen, die aufgrund zunehmender Trockenperioden kaum wieder aufgeforstet werden können“, warnt Steffen Jodl, BN-Regionalreferent für Unterfranken. Der BN fordert daher als Alternative zum Ausbau eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der gesamten Strecke.

Die Klimakrise schreitet rasant voran. Besonders in Unterfranken - einem Hotspot der Klimakrise in Bayern - steigen die Temperaturen bei gleichzeitig geringeren Jahresniederschlägen überproportional an. Die Folge sind ausgetrocknete Böden und ein enormes Waldsterben. Treibhausgase einzusparen ist daher wichtiger denn je. Dennoch setzt der Bund und der Freistaat Bayern weiterhin auf den Bau von Straßen, wie hier im Landkreis Aschaffenburg. Ziel ist laut Planer ein autobahnähnlicher Ausbau ohne Geschwindigkeitsbeschränkungen. „Eingriffe in wertvolle Biotope, wie an der Gersprenz, dauerhafte Flächenversiegelungen von 22,8 Hektar, Überbauungen von 10,9 Hektar, Waldrodungen im Umfang von 14,18 Hektar (davon 10,37 Hektar Bannwald!) und sogar eine Grundwasserausleitung mit bis zu drei Liter pro Sekunde und einhergehender Grundwasserabsenkung, will man für diese nicht zukunftsfähige Verkehrsplanung in Kauf nehmen“, wundert sich Steffen Jodl vom BN-Landesverband. „Dabei riskiert man auch die Belastung des Ortsteiles Stockstadt mit massivem Umgehungsverkehr während der mindestens drei- bis sechsjährigen Bauzeit“, ergänzt Steffen Jodl.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 23. Oktober 2020

PM 115/20 LFG

Verkehr

PRESSEMITTEILUNG



„Der BUND Naturschutz fordert daher einen Stopp der Ausbauplanung und die Umsetzung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km/h auf der gesamten Strecke. Ein Ausbau würde die klimaschädliche Verkehrspolitik zementieren und wichtige Gelder für den Ausbau des ÖPNV binden“, mahnt die BN-Kreisvorsitzende Dagmar Förster. „Zudem befürchten wir, dass im gesamten Bereich des B 469-Anschlusses in einer Art Salamiaktik weiterer Straßenausbau folgen wird.“

Einwendungen können noch bis einschließlich 27.11.2020 bei der Regierung von Unterfranken sowie bei den Marktgemeinden Großostheim und Stockstadt am Main eingereicht werden, informiert der BUND Naturschutz.

Für Rückfragen:

Steffen Jodl
BUND Naturschutz in Bayern e.V.
Regionalreferent Unterfranken
E-Mail: Steffen.Jodl@bund-naturschutz.de
0160/5611341

Dagmar Förster
BUND Naturschutz in Bayern e.V.
1. Vorsitzende Kreisgruppe Aschaffenburg
E-Mail: dagmar.foerster@bnaschaffenburg.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 23. Oktober 2020

PM 115/20 LFG

Verkehr

Verkehrsclub Deutschland e.V.
Kreisverband Aschaffenburg-Miltenberg
c/o Dr. Hans Jürgen Fahn 1.Vorsitzender)
Justin-Kirchgäßner- Str.11
63906 Erlenbach

VCD lehnt vierspurigen Ausbau der B 469 ab. Breitere Straßen ziehen mehr Verkehr an (Dr.H.J.Fahn)

Der VCD (ökologischer Verkehrsclub Deutschland) setzt sich für eine klimaverträgliche nachhaltige Mobilität ein und möchte eine Verkehrswende erreichen, bei der Bus, Bahn, Radfahrer und Fußgänger eine entscheidende Rolle spielen oder genauer gesagt, bei der Bus, Bahn, Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer eine gleichwertige Rolle spielen. Bayernweit hat der VCD 8300 Mitglieder (bundesweit sind es 55000) und am Untermain 270 Mitglieder, davon 60 im Landkreis Miltenberg. Ein Schwerpunkt der Arbeit des VCD war bisher das Car Sharing.

Ja es stimmt, die Verkehrsbelastung am Untermain ist sehr hoch (täglich fahren 35000 Pendler von Bayern nach Hessen und 25000 von Hessen nach Bayern; aber die Lösung kann nicht lauten: Noch mehr und noch breitere Straßen.

Wir müssen die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens einhalten, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Der Verkehr hat in den letzten Jahren leider keinen Beitrag zur Reduzierung des CO2 beigetragen.

Neue Straßen bzw. breitere Straßen ziehen Verkehr an. Die Argumentation des Staatlichen Bauamtes, dadurch werde die Sicherheit erhöht ist nur ein Scheinargument, weil diese durch das höhere Verkehrsaufkommen (derzeit 40000) wieder komplett zunichte gemacht wird.

Ausbau der B 469 widerspricht allen klimapolitischen Notwendigkeiten und ist daher abzulehnen.

Der VCD bezieht sich in seiner Stellungnahme auch vor allem auf die aktuelle Bayer. Klimaschutzpolitik, die bundesweit Schlusslicht ist. Beim aktuellen Bundesländerindex „umweltfreundliche Mobilität“ (Studie in Auftrag gegeben von Allianz pro Schiene, BUND, DVR = Dt. Verkehrssicherheitsrat) liegt Bayern auf dem 16 und letzten Platz aller Bundesländer. Insbesondere beim Klimaschutz liegt Bayern ganz weit hinten. Und dies zeigt sich auch beim aktuellen Bayerischen Klimaschutzgesetz, das am 12.11.20 im Bayer. Landtag verabschiedet wurde und vom VCD abgelehnt wird; hier fehlen konkrete Ziele und verbindliche Vorgaben. Eine regelmäßige Überprüfung der Fortschritte beim Klimaschutz ist nicht geplant z.B. im Hinblick auf das Ziel Nullemissionen

bis 2030 oder die Notwendigkeit einer Energieversorgung mit 100 % erneuerbare Energien. Und das grösste Manko: Bayern ist das einzige Bundesland, das keine CO₂-Daten nach der Verursacherbilanz für den Verkehr veröffentlicht. Wahrscheinlich auch deshalb, um die durch den Bau von neuen Umgehungsstraßen) oder dem Ausbau der B 469 immer mehr steigende CO₂-Belastung zu vertuschen. Laut aktuellem integriertem Klimaschutzkonzept der Region Untermain beträgt der CO₂-Verbrauch pro Person und Jahr am Untermain 11 t, während der bayerische Durchschnittswert nur 6 t beträgt. Hier brauchen wir einen Stufenplan. Es geht aber nicht nur um CO₂, sondern z.B. auch um die **Ozonbelastung**, die am Untermain bayer. Spitzenwerte erreicht (ca.180 Mikrogramm pro m³ im Sommer). Hier muss entschieden dagegen gesteuert werden und zwar durch einen **Stopp der Ausbauplanung und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km auf der ganzen Strecke.**

Ein Tempolimit hat viele Vorteile:

- Es bedeutet mehr Sicherheit und damit geringere Unfallgefahr
- Der Verkehrsfluss harmonisiert sich mehr (geringere Dränglereffekte)
- Es wird CO₂ eingespart und der Verkehrsbereich trägt mehr als bisher zur Erreichung der Klimaziele bei (weniger klimaschädliche Verkehrspolitik)
- Ein Ausbau der B 469 würde in Form einer „Salamitaktik“ zu weiterem Straßenausbau in der Region Untermain führen bzw. diese Planungen noch weiter forcieren (z.B. Umgehungsstraße in Sulzbach im Lkrs. Miltenberg).

Zu hoher Flächenverbrauch

Der geplante Ausbau der B 469 führt auch zu erheblichem Flächenverbrauch, denn die B 469 Straßenbreite wird von 20m auf 31m erhöht. Neben der Waldrodung sind Flächenversiegelungen von 22,8 ha geplant bzw. Überbauungen von 10,9 ha. Nach einer aktuellen Statistik des Bayer. Landesamtes für Umweltschutz der Anstieg der versiegelten Fläche seit 2000 in der Stadt Aschaffenburg um + 29 %, im Landkreis Aschaffenburg +16 % und im Landkreis Miltenberg + 44%. Dies ist mehr als der bayer. Durchschnitt (+19 %).

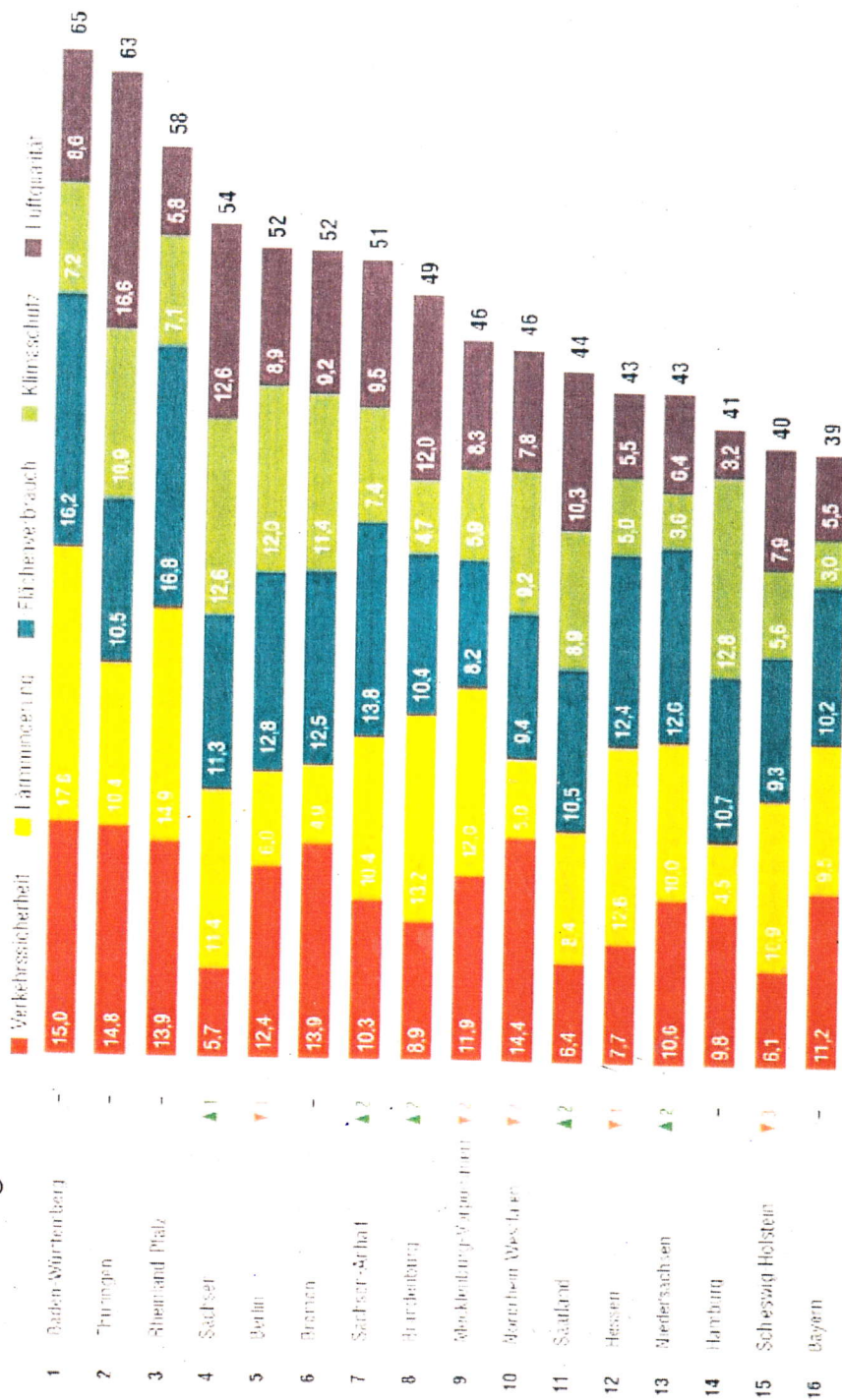
Zu hohe Kosten

100 Mio. € Kosten sind für ein Bauprojekt vorgesehen, das für den VCD völlig unnötig ist und die politisch gewollte Mobilitätswende massiv untergräbt. Der VCD untermauert daher seine Forderung, die **Staatlichen Bauämter zu Mobilitätsämtern** umzustrukturieren. In einem **Staatlichen Mobilitätsamt** werden **Zug- und Autofahrer, Fußgänger und ÖPNV-Nutzer** gleich wertig gesehen.

Der VCD nimmt die Forderung von einigen Kreisräten zur Kenntnis, die den Ausbau mit dem Argument begrüßen, die B 469 sei die Lebensader der Region sei. Wenn wir beim Klimaschutz es ernst meinen, müssen wir auch im Verkehrsbereich beginnen. Und dazu gehört kein Ausbau der B 469. Wir brauchen in Zukunft eine Verkehrspolitik der Zukunft, die dann nicht vom Lebensader B 469 spricht, sondern von der Lebensader Bahn (am besten zweigleisige Bahnstrecke MIL-AB mit einem Halbstundentakt).

Bundesländerindex 2020/21

Gesamtergebnis



Maximal 20 Punkte pro Themenbereich erreichbar

*Veränderung der Platzierung im Vergleich zum Bundesländerindex 2018/19

Quelle: Allianz pro Schiene | 10/2020

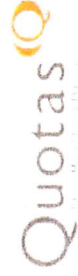
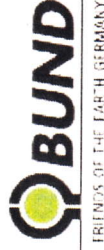
Lizenz: © 1 Nutzung frei für redaktionelle Zwecke unter Nennung der Allianz pro Schiene



Bundesländerindex 2020/21

Platzierungen in den Themenbereichen

	Verlässlichkeit		Lärmschutz		Flächenverbrauch		Klimaschutz		Luftqualität	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Spitzengruppe	1 Baden-Württemberg	1 Baden-Württemberg	1 Baden-Württemberg	1 Rheinland-Pfalz	1 Hamburg	1 Thüringen				
	2 Thüringen	2 Rheinland-Pfalz	2 Baden-Württemberg	2 Baden-Württemberg	2 Sachsen	2 Sachsen				
	3 Nordrhein-Westfalen	3 Brandenburg	3 Schleswig-Holstein	3 Schleswig-Holstein	3 Berlin	3 Brandenburg				
	4 Bremen	4 Hessen	4 Berlin	4 Berlin	4 Bremen	4 Saarland				
	5 Rheinland-Pfalz	5 Mecklenburg-Vorp.	5 Mecklenburg-Vorp.	5 Niedersachsen	5 Thüringen	5 Sachsen-Anhalt				
	6 Berlin	6 Sachsen	6 Schleswig-Holstein	6 Bayern	6 Nordrhein-Westfalen	6 Bremen				
Mittelfeld	7 Mecklenburg-Vorp.	7 Schleswig-Holstein	7 Schleswig-Holstein	7 Hessen	7 Sachsen	7 Berlin				
	8 Bayern	8 Sachsen-Anhalt	8 Sachsen	8 Sachsen	8 Sachsen-Anhalt	8 Baden-Württemberg				
	9 Niedersachsen	9 Thüringen	9 Hamburg	9 Hamburg	9 Baden-Württemberg	9 Mecklenburg-Vorp.				
	10 Sachsen-Anhalt	10 Niedersachsen	10 Saarland	10 Saarland	10 Rheinland-Pfalz	10 Schleswig-Holstein				
	11 Hamburg	11 Bayern	11 Thüringen	11 Thüringen	11 Mecklenburg-Vorp.	11 Nordrhein-Westfalen				
	12 Brandenburg	12 Saarland	12 Brandenburg	12 Brandenburg	12 Schleswig-Holstein	12 Niedersachsen				
Schlussgruppe	13 Hessen	13 Berlin	13 Bayern	13 Bayern	13 Hessen	13 Rheinland-Pfalz				
	14 Saarland	14 Nordrhein-Westfalen	14 Nordrhein-Westfalen	14 Nordrhein-Westfalen	14 Brandenburg	14 Bremen				
	15 Schleswig-Holstein	15 Bremen	15 Schleswig-Holstein	15 Schleswig-Holstein	15 Niedersachsen	15 Hessen				
	16 Sachsen	16 Hamburg	16 Mecklenburg-Vorp.	16 Mecklenburg-Vorp.	16 Bayern	16 Hamburg				



Quelle: Allianz pro Schiene, 10/2020

Lizenz: © Nutzung frei für redaktionelle Zwecke unter Nennung der Allianz pro Schiene

Presseerklärung vom 13.11.2020

GREENPEACE Aschaffenburg sieht für den Ausbau der B469 keine Notwendigkeit

Ausbau gefährdet den Klimaschutz am bayerischen Untermain

Auf einer Strecke von 5,6 Kilometern soll die Bundesstraße B469 verbreitert werden. Ziel ist ein autobahnähnlicher Zustand. Das heißt, zusätzliche Standspuren sowie die Verbreiterung der Fahrspuren und des Mittelstreifens. Für dieses 102,8 Millionen Euro schwere Projekt sollen zudem über 14 Hektar Wald gerodet werden. „Greenpeace Aschaffenburg sieht für den Ausbau keine Notwendigkeit und lehnt diesen daher ab“, meint Niklas Höfler. „Es geht hier nicht um den einzelnen Baum, sondern um das Große und Ganze. Den Wald und den Klimaschutz“, ergänzt er zudem.

Aschaffenburg, 13.11.2020 - Unterfranken ist einer der wärmsten Orte im Freistaat Bayern. Die Klimakrise hat uns hier vor Ort fest im Griff. Das bemerken wir nicht nur an immer geringeren Niederschlägen im Jahr, sondern auch an immer wärmer werdenden Temperaturen im Sommer, wie im Winter. Gerade Wälder leiden unter Hitzestress und Trockenheit. Die Folge ist das Absterben derer. Dass, zusätzlich zu diesen Verlusten, Bäume für den Ausbau einer Bundesstraße gerodet werden sollen, erachtet Greenpeace Aschaffenburg als inakzeptabel. 14,18 Hektar Wald, davon 10,37 Hektar Bannwald, soll für einen autobahnähnlichen Zustand der B469 gerodet werden. „Und das obwohl der Wald nicht nur als Kohlenstoffspeicher, sondern auch als natürliche Klimaanlage, eine enorme Rolle im Klimaschutz spielt“, kritisiert Niklas Höfler. Hinzu kommt die unwiderrufliche Versiegelung wertvoller Biotope. „Wir, von Greenpeace Aschaffenburg, sehen durch ein solches Bauvorhaben den Gewässerschutz und die Trinkwasserversorgung in der Region gefährdet“, meint Larissa Gerlach. „Der Bund und der Freistaat Bayern muss der klimafreundlichen Verkehrswende und dem Klimaschutz endlich Vorrang geben. Nur so würden sie die Sorgen der Bevölkerung, insbesondere der jüngeren Generation, Ernst nehmen“ mahnt Niklas Höfler.

Einwendungen können noch bis einschließlich 27.11.2020 bei der Regierung von Unterfranken sowie bei den Marktgemeinden Großostheim und Stockstadt am Main eingereicht werden, informiert Greenpeace Aschaffenburg.

Für Rückfragen erreichen Sie:

Niklas Höfler

E-Mail: n.hoefler9801@posteo.de

Telefon: +49 175 8397643

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33401, BLZ: 430 609 67 // IBAN DE49430609670000033401, BIC GENODEM1GLS
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

GREENPEACE
Aschaffenburg

Greenpeace Aschaffenburg
n.hoefler9801@posteo.de, www.aschaffenburg.greenpeace.de
JuZ Aschaffenburg, Alexandrastraße 5, 63739 Aschaffenburg



Pressemitteilung

„Nein zum Ausbau der B469 – Nein zur Vernichtung von Waldflächen!“

Derzeit wird das Planfeststellungsverfahren für die Erneuerung und den Ausbau der Bundesstraße B469 zwischen den Anschlussstellen Stockstadt und Großostheim auf einer Länge von ca. 6 Kilometern durchgeführt. Begründet wird die Baumaßnahme mit einer Erhöhung der Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit der Strecke, die für den Schnellverkehr bestimmt sei, und aufgrund deren bestehender Defizite bereits mit Beschränkungen der Höchstgeschwindigkeit habe reagiert werden müssen.

Geplant ist hierbei u.a. der Anbau von Standstreifen, die Verbreiterung des Mittelstreifens sowie die Verlängerung von Ein- und Ausfädelspuren. Die geplanten Kosten belaufen sich auf rund 102 Millionen Euro. Für das Bauvorhaben würden 14,18 ha Wald, bei dem es sich überwiegend um Bannwald handelt, gerodet werden.

Das Klimabündnis Aschaffenburg spricht sich zusammen mit Naturschutzverbänden, Fridays for Future Aschaffenburg und weiteren Bündnisorganisationen ausdrücklich gegen den geplanten autobahnähnlichen Ausbau der B469 aus!

Die Maßnahme wäre mit erheblichen natur- und klimaschädigenden Folgen verbunden, die durch die verfolgten Ziele nicht zu rechtfertigen sind.

Die vor dem Hintergrund der akuten Klimakrise gesteckten Klimaziele und insbesondere die Begrenzung der Erderwärmung auf max. 1,5 Grad machen jeden Wald unverzichtbar. Dies gilt erst recht für Waldflächen, die bereits zu Bannwäldern erklärt worden sind, also gemäß Art. 11 BayWaldG zu unersetzlichen und zu erhaltenden Wäldern, welchen eine außergewöhnliche Bedeutung für das Klima, den Wasserhaushalt bzw. die Luftreinigung zukommt.

Die spätere Wiederaufforstung kann niemals den Verlust eines in vielen Jahren gewachsenen und den Lebensraum für eine Vielzahl von Lebewesen bildenden Waldes sein, zumal der Erfolg einer Wiederaufforstung angesichts der bereits jetzt spürbaren Klimaveränderung mit Temperaturanstieg und anhaltender Trockenheit keineswegs gesichert ist. Eine mit dem Etikett der „Walderneuerung“ versehene Abholzung von bestehendem Wald halten wir daher für unverantwortlich. Richtig und wichtig ist es vielmehr, den bereits jetzt durch die klimatischen Veränderungen in Mitleidenschaft gezogenen Wald durch sanfte pflegerische Maßnahmen so umzugestalten, dass eine Anpassung an das Klima gelingen kann.

Die mit dem Bauvorhaben bezweckte Sicherstellung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Strecke lässt sich effektiver und kostenschonender durch eine Reduzierung der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit erreichen; dies sorgt für einen ruhigen Verkehrsfluss und eine Reduzierung der Unfallrisiken. Ergänzend könnten Fahrbahnverbreiterungen an den Stellen vorgenommen werden, wo dies ohne Verlust von Waldfläche möglich ist.

Die Reduzierung der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit würde zugleich eine Reduzierung des CO₂-Ausstosses bewirken und damit einen sehr wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Klimabündnis Aschaffenburg



Das Bauvorhaben ist Ausdruck einer rückwärtsgewandten und die Interessen des Individualverkehrs auf der Straße bevorzugenden Verkehrspolitik, die angesichts des Klimawandels und des dringenden Erfordernisses von Maßnahmen für den Klimaschutz keine weitere Zukunft haben darf!

Jede*r hat die Möglichkeit, bis **27.11.2020** Einwendungen in dem Planfeststellungsverfahren zu erheben und so seine/ihre Stimme gegen das Bauvorhaben abzugeben. Das Klimabündnis Aschaffenburg unterstützt die Unterschriftsammlung des BUND, der auf seiner Homepage (<https://aschaffenburg.bund-naturschutz.de/aktuelles/artikel/sammeleinwendung-gegen-den-geplanten-ausbau-der-b-469-zum-download>) ein Formular zur einfachen Erhebung von Sammeleinwendungen bereitstellt.

21. November 2020

Klimabündnis Aschaffenburg*

** Das Klimabündnis Aschaffenburg wurde im Herbst 2019 von verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen gegründet.*

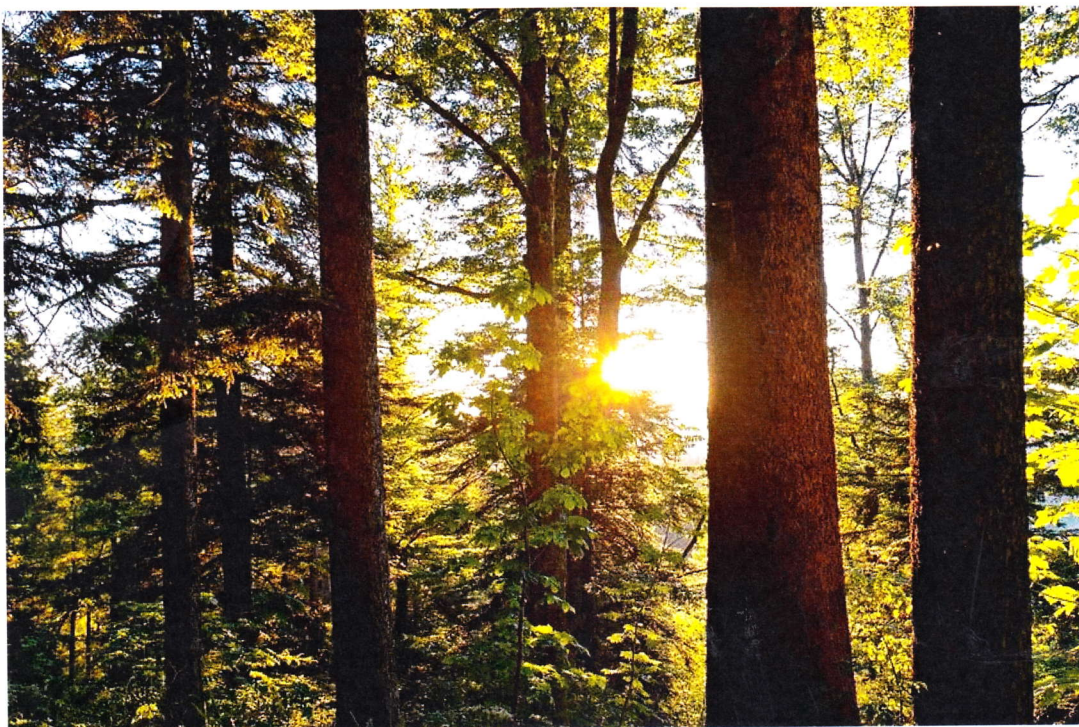
*Als Grundlage der Bündnisarbeit wurde von den Bündnispartner*innen ein gemeinsames Selbstverständnis verabschiedet. Demnach besteht Einigkeit in der Überzeugung, dass der dringend erforderliche ökologische Wandel letztlich nicht ohne einen grundlegenden ökonomischen System-Wandel und die Überwindung des rein auf privatwirtschaftlichen Profit orientierten Wirtschaftssystems herzustellen ist. Das Fortschreiten der Klimakrise erfordert aber ein sofortiges Handeln, auch unter den herrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft und nach dem Grundsatz "think global, act local".*

Das Klimabündnis Aschaffenburg ist parteienunabhängig und arbeitet hierarchiefrei. Unvereinbar mit dem Selbstverständnis des Bündnisses sind alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie faschistische, nationalistische, rassistische, antisemitische, islamophobe, homophobe oder sexistische Positionen.

*Zu den derzeitigen Bündnispartner*innen gehören Animal Rights Watch, Attac, Foodsharing, Interventionistische Linke, Kommunale Initiative sowie Einzelpersonen.*

Nachrichten 2020

LBV warnt vor Folgen des Ausbaus der B469 – jetzt Sammeleinwand einreichen!



Der Wald entlang der B469 soll erhalten bleiben (Foto: Werner R. via Flickr)

Über 100 Millionen Euro soll den Steuerzahler der Ausbau von rund sechs Kilometern der Bundesstraße 469 zwischen Großostheim und Stockstadt kosten. Dessen Folgen sieht Richard Kalkbrenner, Vorsitzender der Regionalgruppe Aschaffenburg des Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. kritisch: „Mehrere Hektar Wald fallen dem Ausbau zum Opfer, wobei ungewiss ist, ob die geplante Wiederaufforstung im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen gelingt“. Gerade in der bayernweit besonders heißen und trockenen Region am Untermain ist dies in Zeiten der Klimakrise ein falsches Signal, speziell wenn diesen ein Teil des Waldes (mit seinen vielfältigen Sozialfunktionen) zum Opfer fällt. Auch verschiedene Tierarten, wie Fledermäuse, Zauneidechsen und der an der Gersprenz vorkommende Biber könnten betroffen sein. Deshalb hat sich ein Bündnis aus Naturschutzverbänden, Fridays for Future Aschaffenburg und anderen Interessensgruppen zusammengeschlossen, um einen Sammeleinwand an die Regierung von Unterfranken weiter zu geben.

Weiter Infos zum Planfeststellungsverfahren gibt es bei der [Regierung von Unterfranken](#)



öödp

**B 469 nicht ausbauen!
14 ha Wald erhalten!
Verkehrswende jetzt!**

ÖDP Aschaffenburg

- Anzeige -

Über den Sinn und Unsinn mancher Verkehrsprojekte

Klimaschutz – nein danke. Anders kann man die geplante Verbreiterung (I) der bereits vierspurigen B 469 zwischen Stockstadt und Großostheim wohl kaum bezeichnen. 100 Millionen € sollen für ein rückwärtsgewandtes Verkehrsprojekt ausgegeben werden – Geld, das für die dringend benötigten Investitionen in den kränkelnden öffentlichen Nahverkehr dann nicht mehr zur Verfügung steht. Ganz abgesehen davon, dass für die Baumaßnahmen 14 ha Wald geopfert werden müssten und der Grundwasserspiegel absinken würde.

Der BUND Naturschutz sammelt derzeit Unterschriften, um dieses Verkehrsprojekt zu verhindern. Einwendungen können noch bis einschließlich 27.11.2020 bei der Regierung Unterfranken sowie den Marktgemeinden Großostheim und Stockstadt am Main eingereicht werden.

Für Veit Kühlborn (ÖDP Obernau) ist klar, dass er den BUND unterstützen wird: „Der erwartete

Nutzen eines Ausbaus der B469 rechtfertigt nicht die entstehenden Schäden. Denn: Wer Straße baut, wird Verkehr ernten.“ Damit spricht er dem Kreisverband aus dem Herzen.

Katrin Bauer (Kreisschriftführerin)

Kontakt: ÖDP-Kreisvorsitzende Katharina Dehn (katharina.dehn@kcdehn.de), Stadtrat Bernhard Schmitt (info@bernhardschmitt.info) und Stadträtin Leonie Kapperer (leonie_kapperer@web.de)

www.oedp-ab.de

07.11.2020

Ausbau der B 469 stoppen

Der geplante autobahnähnliche Ausbau der B 469 zwischen Stockstadt und Großostheim passt in die autofreundliche Tradition des Staatlichen Bauamts und schadet der gesamten Region. Ohne Not sollen für gut fünf Kilometer Verbreiterung einer bislang immer leistungsfähigen Bundesstraße über 100 Millionen Euro ausgegeben werden, die üblichen Preiserhöhungen bei staatlichen Projekten noch nicht eingerechnet.

Während bei jeder Busanschaffung der Stadt eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erfolgt, wird hier die Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen. Es gibt offenbar auch keine alternativen Überlegungen. Dabei wäre eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit um 20 km/h sofort zu haben und würde auf den fünf Kilometern lediglich zu einer Verzögerung von einer knappen Minute führen.

Ein paar von den 100 Millionen könnten dann in den Ausbau der Bahn fließen. Etwa in die Elektrifizierung der Maintalbahn. Oder in die Bachgaubahn. Eine komfortable, leistungsfähige Verbindung von Großostheim nach Aschaffenburg. Ohne Staus. Eine Entlastung für ganz Aschaffenburg und vor allem für Nilkheim und Leider. Dafür müssten weder 14 Hektar Wald gefällt noch 22 Hektar Fläche dauerhaft versiegelt werden. Es bleibt rätselhaft, weshalb angesichts der Klimakatastrophe staatliche Planung noch immer auf die Straße setzt. Um beinahe jeden Preis.

Wir Aschaffenburger Grüne fordern einen Stopp der Ausbauplanung der B 469. "Wir wollen", so Stadtrat und Bundestagskandidat Niklas Wagener, "eine klimagerechte Verkehrspolitik und die Mittel für den Ausbau des ÖPNV einsetzen." Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

1/6

Auf der Webseite des [Bundes Naturschutz](#) finden sich weitere Informationen. Einwendungen gegen die Planung sind noch bis einschließlich 27.11.2020 möglich.

Hier geht es zum [Planfeststellungsverfahren](#)

Hier gibt es eine [Sammeleinwendung zum download](#)

grossostheim.de/2020/06/ausbau-der-b469-zwischen-stockstadt-und-grossostheim-keine-notwendigkeit/

Am Mittwoch, dem 20.05.2020, hatte der Ortsverband der GRÜNEN Großostheim zu einer virtuellen Konferenz eingeladen. Geladen und anwesend waren auch Vertreter*innen der Kreisverbände Bündnis 90/Die GRÜNEN der Stadt Aschaffenburg und des Landkreises sowie anderer Organisationen.

Einziges Thema des Abends war der geplant Ausbau der B469, die autobahnähnlich (zusätzlich Standspuren, Verbreiterung der Fahrspuren und Verbreiterung des Mittelstreifens) für ca. 100 Mio Euro verbreitert werden soll, weil der derzeitige Straßenquerschnitt für das hohe Verkehrsaufkommen zu schmal sei.

Der Ortsverband der GRÜNEN Großostheim erkennt bei diesem Verkehrsvorhaben keine Notwendigkeit eines Ausbaus, da das Verkehrsaufkommen ohne weiteres beim derzeitigen Stand der Straße aufgenommen werden kann. Auch die Sicherheit kann durch entsprechende Geschwindigkeitsbegrenzungen erhöht werden. Wir nehmen die Mobilitätswende ernst und sehen das Geld in Zeiten des Klimawandels und den Schwierigkeiten durch die Coronakrise in anderen Bereichen besser eingesetzt.

Neben den hohen Kosten, die durch sieben komplizierte Brückenbauwerke entstehen, sind die Folgen für den Gewässerschutz bei solchen Eingriffen ebenfalls von wichtiger Bedeutung. Für die Überbrückung der Gersprenz muss das Grundwasser abgesenkt werden, was die GRÜNEN durchaus als Risiko für das Trinkwasser sehen, neben den Belastungen, die durch den täglichen Betrieb der Schnellstraße in einer zu schützenden Gewässerzone entstehen.

Dazu wird es erneut zu Rodungen an den Waldrändern kommen und Flächen werden unwiederbringlich versiegelt, was sich wiederum auf den Gesamtzustand des dortigen Waldes auswirken wird. Betroffen sind der Großostheimer Unterwald und der Hübnerwald auf Stockstädter Gebiet.

Politisch gesehen ist dieses Bauvorhaben ein denkbar schlechtes Signal für eine Bevölkerung, die auf umwelterhaltende Veränderungen hofft und nicht auf ein „Weitermachen-wie-bisher“ – nämlich einer einseitigen Förderung des Kfz-Verkehrs. Im Moment befindet sich das Bauvorhaben zwar noch in einer Vorplanung, aber laut Staatlichem Bauamt sollte der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens Ende Mai 2020 eingereicht werden. Es wird – wie überall – zu Verzögerungen kommen, dennoch wollen wir in diesem Fall Öffentlichkeit herstellen.

Die weltweiten Todesfälle durch das Covid-19-Virus sind erschreckend und nicht zu vernachlässigen, aber die weltweiten Verluste durch einen nicht mehr beherrschbaren Klimawandel werden bei Weitem höher ausfallen.

Text für den Bachgau-Boten, Ausg. Nr. 23 am 04.06.2020

Ausbau der Bundesstraße 469 zwischen Stockstadt und Großostheim

Am Mittwoch, dem 20.05.2020, hatte der Ortsverband der GRÜNEN Großostheim zu einer virtuellen Konferenz eingeladen. Geladen und anwesend waren auch Vertreter*innen der Kreisverbände Bündnis 90/Die GRÜNEN der Stadt Aschaffenburg und des Landkreises sowie anderer Organisationen.

Einziges Thema des Abends war der geplante Ausbau der B469, die autobahnähnlich (zusätzlich Standspuren, Verbreiterung der Fahrspuren und Verbreiterung des Mittelstreifens) für ca. 100 Mio Euro verbreitert werden soll, weil der derzeitige Straßenquerschnitt für das hohe Verkehrsaufkommen zu schmal sei.

Der Ortsverband der GRÜNEN Großostheim erkennt bei diesem Verkehrsvorhaben keine Notwendigkeit eines Ausbaus, da das Verkehrsaufkommen ohne weiteres beim derzeitigen Stand der Straße aufgenommen werden kann. Auch die Sicherheit kann durch entsprechende Geschwindigkeitsbegrenzungen erhöht werden. Wir nehmen die Mobilitätswende ernst und sehen das Geld in Zeiten des Klimawandels und den Schwierigkeiten durch die Coronakrise in anderen Bereichen besser eingesetzt. Neben den hohen Kosten, die durch sieben komplizierte Brückenbauwerke entstehen, sind die Folgen für den Gewässerschutz bei solchen Eingriffen ebenfalls von wichtiger Bedeutung. Für die Überbrückung der Gersprenz muss das Grundwasser abgesenkt werden, was die GRÜNEN durchaus als Risiko für das Trinkwasser sehen, neben den Belastungen, die durch den täglichen Betrieb der Schnellstraße in einer zu schützenden Gewässerzone entstehen.

Dazu wird es erneut zu Rodungen an den Waldrändern kommen und Flächen werden unwiederbringlich versiegelt, was sich wiederum auf den Gesamtzustand des dortigen Waldes auswirken wird. Betroffen sind der Großostheimer Unterwald und der Hübnerwald auf Stockstädter Gebiet.

Politisch gesehen ist dieses Bauvorhaben ein denkbar schlechtes Signal für eine Bevölkerung, die auf umwelterhaltende Veränderungen hofft und nicht auf ein „Weitermachen-wie-bisher“ - nämlich einer einseitigen Förderung des Kfz-Verkehrs. Im Moment befindet sich das Bauvorhaben zwar noch in einer Vorplanung, aber laut Staatlichem Bauamt sollte der Antrag zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens Ende Mai 2020 eingereicht werden. Es wird – wie überall – zu Verzögerungen kommen, dennoch wollen wir in diesem Fall Öffentlichkeit herstellen. Die weltweiten Todesfälle durch das Covid-19-Virus sind erschreckend und nicht zu vernachlässigen, aber die weltweiten Verluste durch einen nicht mehr beherrschbaren Klimawandel werden bei Weitem höher ausfallen.

www.gruene-grossostheim.de Vorstandssprecherin D. Sonnenberg



Wir haben wertvolle Tipps, wie Sie diese Webseite noch besser nutzen können. Sehen Sie sich unsere Tipps an, bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erreichen Sie mehr Leser. ✕

DIE LINKE.
Mittenberg

Andreas Adrian

29. Oktober 2020, 19:26 Uhr • 326× gelesen • 1 • 1

DIE LINKE WEHRT SICH GEGEN GEPLANTEN AUSBAU

Ausbau der B469 Stockstadt

Waldrodung? Nein Danke!

DIE LINKE.

www.die-linke-ffb.de

hochgeladen von Andreas Adrian

Der Klimawandel schreitet weiter voran, tausende Arbeitsplätze sind durch die bestehende Pandemie gefährdet und Menschen in systemrelevanten Berufen müssen um ihre Existenz kämpfen.

In diesen Zeiten sollte man meinen, dass von Seiten der Stadtverwaltungen bis hin zur Bundesregierung alles unternommen wird, um die Existenz der Beschäftigten zu sichern.

Dass Investitionen getätigt werden, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern oder dass der ÖPNV ausgebaut wird, um den Infektionsschutz zu gewährleisten und den CO2 Ausstoß zu verringern. In Aschaffenburg fehlt von alledem leider jede Spur.

Stattdessen wurde nun der Ausbau der B469 zwischen Stockstadt und Großostheim für eine Summe von über 100 Millionen Euro beschlossen. Unter dem Vorwand der Verkehrssicherheit sollen nun also 14 Hektar Wald gerodet und der Individualverkehr gestärkt werden. Dabei gäbe es doch auch kostengünstigere Varianten, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Mit einer restriktiveren Geschwindigkeitsbegrenzung auf der betroffenen Strecke könnte man die Gefahrenlage mit wenig Aufwand ebenfalls verringern und sogar noch etwas für den Klimaschutz tun. Man könnte auf die umweltzerstörende Rodung eines großen Waldgebietes verzichten, hätte keine monatelange Verkehrsbehinderung und dazu sogar noch Geld gespart. Aber bevor man leidenschaftlichen Rasern ihr Recht auf Selbstgefährdung und die Gefährdung anderer Verkehrsteilnehmer beschränkt, will man dann doch lieber eine absurde Menge Geld in die Hand nehmen.

Wir, die LINKE Aschaffenburg und bayerischer Untermain, machen da nicht mit! Einerseits wird den streikenden Busfahrern gesagt, dank der Krise sei nicht genug Geld da, um sie anständig zu bezahlen. Die Mitarbeiter des Klinikums Aschaffenburg- Alzenau fallen einer Teilprivatisierung zum Opfer, deren Ziel eine Ersparnis von 3,6 Millionen Euro ist.

Auf der anderen Seite werden 100 Millionen Euro aus dem Fenster geworfen, um eine Strecke auszubauen, deren Ausbau gar nicht notwendig ist.

Deshalb fordern wir alle beteiligten Institutionen auf, ihre Entscheidung zu überdenken und die Maßnahmen zu stoppen. Außerdem fordern wir alle Bürger*innen auf, private Einwendungen an die Regierung von Unterfranken zu schreiben. Denn wir wollen Klimaschutz statt Stärkung des Individualverkehrs und Investitionen in die wirklich relevanten Bereiche unserer Infrastruktur!

Andreas Adrian (Vorsitzender der LINKEN Aschaffenburg und Bayerischer Untermain und Mitglied des Kreistages Miltenberg)

Janine Rauchmann (Vorsitzende der LINKEN Aschaffenburg und Bayerischer Untermain)

Florian Hoffmann (Mitglied des Kreistages Aschaffenburg)



Gefällt 1 mal

Autor:

Andreas Adrian



✉ [Nachricht senden](#)